

Massenvernichtungswaffen regelrecht gesund. Die Profite im Geschäft mit dem Tode sind doppelt und dreifach so hoch wie in der zivilen Produktion.

Eine BRD-Rundfunkstation erklärte kürzlich, in den USA habe die Devise „Kanonen statt Butter“ eindeutig Priorität erhalten. Die in früheren Jahren von Propagandisten des Militär-Industrie-Komplexes der imperialistischen Länder verbreitete Meinung, der Imperialismus könne beides - er könne Kanonen und Butter garantieren - hat sich als Illusion und Betrug erwiesen. So bleibt es nicht bei Appellen, den „Gürtel enger zu schnallen“ und - was hinzugefügt wird - „Opfer für die Verteidigung zu bringen“, sondern ein großangelegter Sozialabbau in den Ländern des Kapitals beginnt.

Nachdem Washington die BRD-Regierung noch einmal aufgefordert hatte, zugunsten des Rüstungsetats die Sozialausgaben wie in den USA

um 25 Prozent zu kürzen, folgte prompt die Antwort. Während der Tagung des sogenannten Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO, Mitte Mai 1981 in Brüssel, erhöhte die BRD-Regierung den diesjährigen Rüstungsetat um weitere 850 Millionen DM. Er steigt damit um 3,2 Milliarden DM gegenüber 1980.

Ebenso prompt folgten auch die Ankündigungen sozialer Abstriche. So erklärte BRD-Außenminister Genscher, seine Regierung werde nicht daran vorbeikommen, „fühlbar in vorhandene Leistungsgesetze einzugreifen“. Und BRD-Wirtschaftsminister Lambsdorff fügte hinzu, die Sozialleistungen würden „zurückgeschnitten werden“. Inzwischen sind Etatkürzungen in Höhe von rund 500 Millionen DM beschlossen worden. Sie richten sich gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm, sie richten sich gegen die Bildung und betreffen genauso das Gesundheitswesen.

spürbare Senkung des Reallohnes, „eine Pause für Lohn- und Gehaltserhöhungen“, eine Erhöhung der „Leistungsbereitschaft“ und verstärkt auf „Formen der Selbstbeteiligung“ in Fragen der sozialen Vorsorge orientiert.

Die Werktätigen sollen sich also intensiver ausbeuten lassen und dafür weniger Reallohn als bisher erhalten. Wenn die Devise „Kanonen statt Butter“ Priorität gewinnt, so hat das, wie man sieht, unmittelbare ernste Folgen. (Siehe auch „Tatsachen zum Imperialismus“, „Neuer Weg“, Heft 13/81)

Der NATO-Oberbefehlshaber und USA-General B. Rogers hat am 9. Januar 1980 in Brüssel unverblümt erklärt: „Die Erhöhung der Rüstungsbudgets muß garantiert werden, wie schreiend die sozialen und ökonomischen Probleme in den einzelnen Ländern des atlantischen Bündnisses auch sein mögen.“

Da haben wir die ganze Unmenschlichkeit des Imperialismus in einem Satz charakterisiert. Der USA-General - und das ist sehr aufschlußreich - gibt schreiende soziale und ökonomische Probleme zu. 24 Millionen Erwerbslose in den kapitalistischen Industrieländern, weiter steigende Inflationsraten, Millionen und aber Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben - das sind schreiende Gebrechen des Imperialismus!

Aber der NATO-Oberbefehlshaber verlangt auf Teufel komm raus immer neue Rüstungsmilliarden, auch wenn das „Netz sozialer Sicherung“, das sich die arbeitenden Menschen erkämpft haben, kurz und klein gerissen wird. 70000 DM werden in der BRD in jeder Minute für die Hochrüstung verschleudert. In den USA noch weit mehr. In der BRD nähert sich die Staatsverschuldung des Bundes, der

## Sozialleistungen künftig noch drastischer gekürzt

Aber dies soll nur ein Auftakt sein. „Wir werden Leuten was wegnehmen müssen, wir werden umschichten müssen, wir werden strecken, Leistungen mindern“, kommentierte BRD-Finanzminister Matthöfer die ersten „Eingriffe in Leistungsgesetze“. In einer Debatte des BRD-Bundestages wurde von allen drei Fraktionen betont, „bei den notwendigen Eingriffen in Leistungsgesetze darf es kein Tabu geben“. Es ginge bei den Kürzungen im Jahre 1982 nicht um „ein paar hundert Millionen“, sondern „um Milliarden, wahrscheinlich sogar um zweistellige Milliardenbeträge“. Intensiv wird in der BRD, wie in anderen imperialistischen Ländern, der Rotstift benutzt, um Mittel für die Arbeitslosenunterstützung, für Arbeitsplatzförderung, Bil-

dung und Gesundheitswesen, Kinder- und Wohngeld weiter „zurückzuschneiden“.

Die Monopole sind dabei stets mit von der Partie. Rationalisierung, Lohnkürzungen, Drohungen mit dem „blauen Brief“, das sind einige ihrer Mittel.

Und die Folge: Lagen die Reallohnkürzungen in der BRD 1980 noch bei 0,6 Prozent, so sollen sie in diesem Jahr verdoppelt werden. 1982 soll dieser Trend fortgesetzt werden. 12 Millionen Arbeitern und Angestellten in der BRD wurde in diesem Jahr bei den Tarifverhandlungen die Erfüllung von Lohnforderungen als Ausgleich für die Teuerung verweigert. In einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des BRD-Wirtschaftsministeriums wird nun auf eine